Sitzungsprotokoll

| Gremium Gemeindevertretu | ng | |
|-----------------------------|-----------|-----------|
| Tag | Beginn | Ende |
| 01.03.2011 | 17.30 Uhr | 20.30 Uhr |

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieses Protokolls sind.

Vorsitzender

Protokoliführerin

<u>Teilnehmerverzeichnis</u>

zum Protokoll der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Lägerdorf

am 01.03.2011

| | anwe | anwesend | |
|---|------|----------|--|
| LIMO Facilità a | ja | nein | |
| LWG-Fraktion | | | |
| Gülck, Karl-Heinz | | Х | |
| Erna Haftstein | X | | |
| Regine Fritz | X | | |
| Brigitte Hoffmann | Х | | |
| Roswitha Rogali | X | | |
| Sigrid Blendek | X | | |
| SPD-Fraktion | | | |
| Heidi Siebrandt | х | | |
| Jörg Anders | х | | |
| Manuela Streich | х | | |
| Heiner Sülau - Bürgermeister - | x | | |
| Ingolf Streich | X | | |
| Marc Pollex | x | | |
| CDU-Fraktion | | | |
| Jürgen Tiedemann - 2. stellv. Bürgermeister - | Х | | |
| Horst Jeworek | X | • | |
| Andreas Bolik | X | | |
| Burkhard Barthel | X | | |
| Christian Droßard | X | | |
| | | | |
| | | | |

Ferner anwesend:

Herren Holpert, Krohn und Wolf (Fa. Holcim) zu TOP 4 a) Herr Loose und Frau Eis (Fa. ERM) zu TOP 4 a)

Amtsvorsteher Heuberger und LVB Jörgensen zu TOP 1 - 4 a)

sowie Frau Przybylski als Protokollführerin



21. Februar 2011

Gemeindevertretung

EINLADUNG

Zu einer öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Lägerdorf am Dienstag, dem 01. März 2011 um 17.30 Uhr im Haus am Kamp, Bergstraße 2 in 25566 Lägerdorf, werden Sie hiermit eingeladen.

TAGESORDNUNG

- 1. Anträge zur Tagesordnung
- 2. Einwohnerfragestunde
- 3. Aussprache zum Protokoll der letzten Sitzung
- 4. Genehmigungsverfahren nach § 16 BlmSchG zur Erhöhung des Abfallanteiles für die Feuerungswärmeleistung des Drehofens 11 der Fa. Holcim
 - a) Präsentation der Firma Holcim zum Projekt
 - b) gemeindliche Stellungnahme
- 5. Freibad Lägerdorf
 - hier: Verträge mit dem Förderverein Freibad Lägerdorf und dem Betreiber der Blockheizkraftwerke
 - s. Anlagen -
- 6. Sanierung des Freibades
 - Entwurf einer Vereinbarung mit dem Förderverein wird nachgereicht -
- 7. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 einschl. Investitionsplanung s. Sitzung des Finanzausschusses v. 16.02.2011 -
- 8. Beschlussfassung über einen öffentlich-rechtlichen Ergänzungsvertrag über die Selbstverpflichtung zur Auflösung des Zweckverbandes "Breitbandversorgung Steinburg"
 - s. Drucks, Nr. 1/2011 und Sitzung des Finanzausschusses v. 16.02.2011 -
- 9. Bebauung des Kampgeländes
 - hier: Prüfung der Zulässigkeit eines Nahversorgers
 - Anlage: Antrag der LWG-Fraktion vom 25.01.2011 -
- 10. Entwurf des 3. Regionalen Nahverkehrsplanes für den Kreis Steinburg hier: Stellungnahme der Gemeinde
 - beigef. Drucks. Nr. 2/2011 -
- 11. Mitteilungen und Anfragen

gez. Sülau

- Vorsitzender -

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung fest.

Zu Pkt. 1: Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Zu Pkt 2: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Pkt. 3: Aussprache zum Protokoll der letzten Sitzung

Es wird keine Aussprache gewünscht.

Zu Pkt. 4: Genehmigungsverfahren nach § 16 BlmSchG zur Erhöhung des

Abfallanteiles für die Feuerungswärmeleistung des Drehofens 11 der Fa.

Holcim

a) Präsentation der Firma Holcim zum Projekt

Bürgermeister Sülau begrüßt die Herren Holpert, Krohn und Wolf von der Fa. Holcim sowie Herrn Loose und Frau Eis von der Firma ERM und bittet zunächst Herrn Holpert, das Projekt zur Erhöhung des Abfallanteiles für die Feuerungswärmeleistung des Ofen 11 zu erläutern.

Herr Holpert hält daraufhin einen Vortrag gemäß anliegender Präsentation, wobei er auf die Vorstellung der Fa. Holcim verzichtet, da den Lägerdorfer Gemeindevertretern dies hinlänglich bekannt sein dürfte.



Präsentation Holpert

Die Erläuterung der Umweltverträglichkeitsstudie durch Herrn Krohn schließt sich an. Die entsprechende Präsentation ist ebenfalls beigefügt.



Präsentation Krohn

Während der anschließenden Diskussion werden diverse Fragen gestellt, die von den Herren Holpert, Krohn, Wolf und Loose ausführlich beantwortet werden.

Zu Pkt 4: Genehmigungsverfahren nach § 16 BlmSchG zur Erhöhung des

Abfallanteiles für die Feuerungswärmeleistung des Drehofens 11 der Fa.

Holcim

b) gemeindliche Stellungnahme

Herr Jörg Anders erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungsraum.

Nach kurzer Diskussion fassen die Gemeindevertreter folgenden Beschluss:

Die Gemeindevertretung nimmt die vorliegende vom Fachberater Greuner-Pönicke erarbeitete Stellungnahme zustimmend zur Kenntnis. Der Bürgermeister wird ermächtigt, in Zusammenarbeit mit der interfraktionellen Arbeitsgruppe, bestehend aus den Herren Streich, Dittmann und Rohweder, ggf. unter Zuhilfenahme des Fachberaters, die endgültige Stellungnahme auszuarbeiten und fristgerecht beim LLUR einzureichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Anders nimmt an den weiteren Beratungen und Beschlussfassungen teil.

Zu Pkt. 5: Freibad Lägerdorf

hier: Verträge mit dem Förderverein Lägerdorf und dem Betreiber der Blockheizkraftwerke

Herr Pollex erläutert die Beratungen im Finanzausschuss. Hier wurde angeregt, die Verträge mit dem Förderverein und dem Blockheizkraftwerkbetreiber neu zu verhandeln und deshalb vorsorglich zu kündigen, wobei ausdrücklich klargestellt wird, dass das Freibad in der bisherigen Form weiter betrieben werden soll. Die Kündigung soll lediglich Neuverhandlungen ermöglichen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden Beschluss:

Der Vertrag mit dem Förderverein Freibad Lägerdorf ist vorsorglich zum 30.09.2011 fristgerecht zu kündigen. Danach sind sowohl mit dem Förderverein als auch mit dem Betreiber des Blockheizkraftwerkes Neuverhandlungen aufzunehmen.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, gemeinsam mit seinen Stellvertretern diese Verhandlungen zu führen und das Verhandlungsergebnis der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Pkt. 6: Sanierung des Freibades

Allen Gemeindevertretern liegt ein Entwurf einer Vereinbarung mit dem Förderverein Freibad Lägerdorf über die Sanierung des Freibades vor. Danach ist beabsichtigt, dem Förderverein die Sanierung zu übertragen. Bürgermeister Sülau berichtet, dass dem Vorsitzenden des Fördervereins diese Vereinbarung vorliege und er im Grundsatz damit einverstanden wäre. Einige rechtliche Fragen wird er jedoch noch prüfen lassen.

Durch den anwesenden ehemaligen Bürgermeister Gaetje wird kritisiert, dass die Gemeinde als ersten Schritt die Sanierung des Freibades anschiebt, um dann im zweiten Schritt Neuverhandlungen mit dem Ziel des wirtschaftlicheren Betriebes mit dem Förderverein aufzunehmen. Seiner Ansicht nach müsste genau umgekehrt vorgegangen werden.

Er erinnert noch einmal an die damalige Beschlusslage. Damals war die Gemeindevertretung zu dem Schluss gekommen, das Freibad zu schließen. Als sich jedoch der Förderverein gründete, wurde dieser Beschluss revidiert und eine Zusammenarbeit mit dem Förderverein eingegangen mit dem Ziel, das Freibad wirtschaftlicher zu betreiben. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden.

Übereinstimmend wird dem zugestimmt. Deshalb sollte jetzt auch unbedingt Inhalt der Neuverhandlungen sein, das Freibad wirtschaftlicher zu betreiben.

Allerdings sind die Gemeindevertreter nicht der Meinung, dass zunächst Neuverhandlungen geführt werden müssen, um dann die Sanierung anzuschieben. Dies würde schon aus Zeitgründen nicht funktionieren. Das Freibad müsste dann wohl ein weiteres Jahr geschlossen bleiben.

Die Gemeindevertreter machen übereinstimmend deutlich, dass eine Schließung des Freibades nicht zur Diskussion stehe. Die Sanierung soll jetzt zügig angegangen werden.

Herr Droßard regt an, bei einem Investitionsvolumen von ca. 100.000 € den Förderverein zu verpflichten, sich mit mindestens 20.000 € Spendeneinnahmen an der Investition zu beteiligen. Die Formulierung in Pkt. 3 der Vereinbarung reicht ihm da nicht aus. Dies sollte deutlicher in der Vereinbarung festgeschrieben werden. Nur so könne gewährleistet werden, dass der bereits beschlossene Sanierungsanteil der Gemeinde in Höhe von 80.000 € annähernd eingehalten wird.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die Gemeindevertretung billigt die mit dem Entwurf der Vereinbarung über die Sanierung des Freibades vorgelegte Vorgehensweise. Mit dem Förderverein sind entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Abschließend werden noch einmal die noch fehlenden Eintrittsgelder aus dem Jahre 2009 angesprochen. Bürgermeister Sülau erläutert den Sachstand. Über die weitere Verfahrensweise wird die Gemeinde noch mit dem Förderverein sprechen müssen.

Zu Pkt. 7: Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 einschl. Investitionsplanung

Der Finanzausschussvorsitzende Marc Pollex erläutert kurz die vorliegende Haushaltssatzung.

Frau Fritz spricht noch einmal den eingetragenen Sperrvermerk für die Sanierung des Schulhofes und des Schulsportplatzes an. Sie fragt nach, ob es möglich wäre, einen kleinen Teil des Schulhofes, der nicht von den Baumaßnahmen zur Verlegung des Kindergartens Stiftstraße zur Schule betroffen ist, bereits schon vor Abschluss der Beratungen im Bauausschuss auszuführen. Übereinstimmend werden dagegen keine Bedenken erhoben.

Abschließend beschließt die Gemeindevertretung die nachfolgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Haushaltssatzung der Gemeinde Lägerdorf für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund der §§ 95 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 01.03.2011 – und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde - folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 wird

| 1. | im Ergebnisplan mit | |
|-----|--|-------------|
| | einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 2.943.700 € |
| | einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 3.835.500 € |
| | einem Jahresfehlbetrag | 891.800 € |
| | | |
| 2. | im Finanzplan mit | |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 2.816.900 € |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 3.385.200 € |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit | |
| | und der Finanzierungstätigkeit auf | 896.600 € |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit | |
| | und der Finanzierungstätigkeit auf | 1.164.800 € |
| | | |
| fes | stgesetzt. | |

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

| der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen auf | 880.200 € |
|---|---------------|
| 2. Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 7,93 Stellen. |

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

| 1. Grundsteuer | |
|--|----------|
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) | 350 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 370 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer | 350 v.H. |

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Bürgermeisterin ihre oder der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d der Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 3.000 €.

Im Teilfinanzplan (§ 4 Abs. 5 GemHVO-Doppik) sind als Einzelmaßnahmen Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen auszuweisen, wenn der Auszahlungsbetrag für Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen mindestens 5.000 € beträgt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am

erteilt.

Lägerdorf, den

-Bürgermeister-

Zu Pkt. 8: Beschlussfassung über einen öffentlich-rechtlichen Ergänzungsvertrag über die Selbstverpflichtung zur Auflösung des Zweckverbandes "Breitbandversorgung Steinburg"

Dem der Drucks. Nr. 1/2011 als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Ergänzung des öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 07.07.2010 wird zugestimmt. Der Vertrag ist abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Pkt. 9: Bebauung des Kampgeländes hier: Prüfung der Zulässigkeit eines Nahversorgers

Einleitend berichtet Bürgermeister Sülau über ein Gespräch mit der TEG zur weiteren Vorgehensweise bzgl. der Bebauung des Kampgeländes. Die TEG sieht keine Veranlassung, die Zulässigkeit eines Nahversorgers im Vorwege zu prüfen.

Herr Tiedemann kann sich erinnern, dass bereits eine Vorprüfung durch das Kreisbauamt und der Landesplanung im Zusammenhang mit Planung an der Englischen Grube erfolgt sei. Hier müsse eigentlich eine entsprechende Stellungnahme vorliegen.

Herr Pollex hält eine Vorprüfung für wenig sinnvoll. Aus seiner Sicht würde sich damit nur alles verzögern.

Frau Hoffmann erläutert noch einmal den Antrag der LWG-Fraktion. Die LWG möchte absolut sicher gehen, dass ein Nahversorger auf dem Kampgelände wirklich zulässig ist. Eine Klärung im Rahmen des Bauleitverfahrens hält sie für verspätet.

Abschließend lässt Bürgermeister Sülau über folgenden Antrag der LWG-Fraktion abstimmen:

Die Gemeindevertretung beauftragt die Verwaltung mit der Vorprüfung der Zulässigkeit eines Nahversorgers im Zuge der geplanten Bebauung des Kampgeländes. Diese Vorprüfung ist mit dem Kreisbauamt und - soweit erforderlich - mit der Landesplanungsbehörde abzustimmen. Um ein Höchstmaß an Rechtssicherheit für die Erstellung des Bebauungsplanes zu erhalten, ist eine fachanwaltliche Prüfung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen

9 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zu Pkt. 10: Entwurf des 3. Regionalen Nahverkehrsplanes für den Kreis Steinburg hier: Stellungnahme der Gemeinde

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Lägerdorf nimmt den Entwurf des 3. Regionalen Nahverkehrsplan für den Kreis Steinburg zur Kenntnis. Ergänzungs- und Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis 15 Ja-Stimmen 1 Enthaltung

Zu Pkt. 11: Mitteilungen und Anfragen

- Bürgermeister Sülau berichtet, dass die Kosten für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf Energiespar- bzw. LED-Leuchten im Haushalt eingestellt wurden und demnach diese Maßnahme auch in diesem Jahr angeschoben wird. In diesem Zusammenhang berichtet Herr Brühl, dass die eingebauten Leuchtmittel in der Straße Am Walde nicht ausreichend wären. Herr Tiedemann bittet außerdem die Verwaltung um Prüfung, inwieweit ein Kfw-Sonderkreditprogramm in Anspruch genommen werden kann.
- Bürgermeister Sülau berichtet über die Sitzung der Lenkungsgruppe der Region Itzehoe am 24.02.2011.
- Es werden die gerügten illegalen Preisabsprachen bei Feuerwehrfahrzeugen angesprochen. Auch die Gemeinde Lägerdorf ist davon betroffen und muss sich weitere Schritte überlegen.
- In der Zeit vom 31.07. 07.08.2011 wird der diesjährige deutsch-polnische Jugendaustausch stattfinden.
- Am 26.03.2011 nimmt die Gemeinde wieder an der Aktion "Sauberes Schleswig-Holstein" teil. Treffpunkt ist 10.00 Uhr am Haus am Kamp.
- Gerüchte, wonach ein Nahverbraucher den ehemaligen Frischemarkt in der Münsterdorfer Straße übernehmen wird, können nicht bestätigt werden.
- Zur Situation an der L 116 gibt es nichts Neues zu berichten. Bürgermeister Sülau ist der Meinung, dass die Gemeinde erneut ein Schreiben an das Wirtschaftsministerium richten sollte, um zu erreichen, dass Lägerdorf mehr in die Planung einbezogen wird.

Genehmigungsverfahren Ofen 11

Bearbeitungsteam:

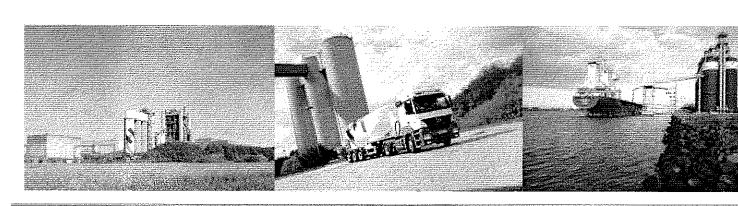
Morten Holpert

Burkhard Wolf

Torsten Krohn

Peter Loose





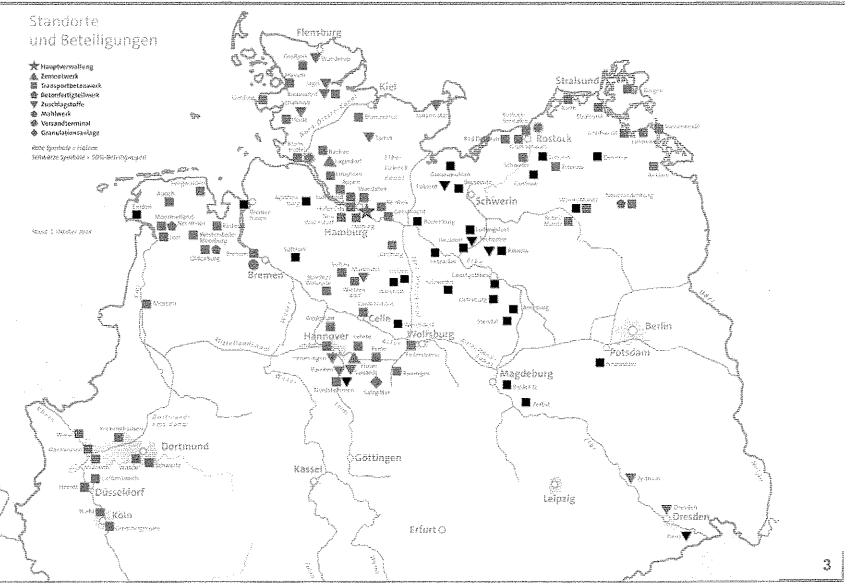
Holcim Deutschland - Die Unternehmensgruppe

- Norddeutschlands größter Baustoffproduzent. Ursprung war vor rund 150 Jahren die Zementproduktion
- Heutige Kernbereiche: Bindemittel, Zuschlagstoffe und Beton
- Weitere Dienstleistungen: Logistik und Export, Betontechnologie, Entsorgung (Geocycle)
- Holcim (Deutschland) AG ein Tochterunternehmen der Holcim Ltd, Schweiz, einem der weltweit führenden Baustoffhersteller mit Beteiligungen in mehr als 70 Ländern und mit über 90.000 Mitarbeitern





Holcim Deutschland geographisch





Holcim in Schleswig-Holstein

Mitarbeiter in SH (2010):

knapp 400, alleine 300 im Zementwerk, davon 30 Auszubildende

Zement (300 MA):

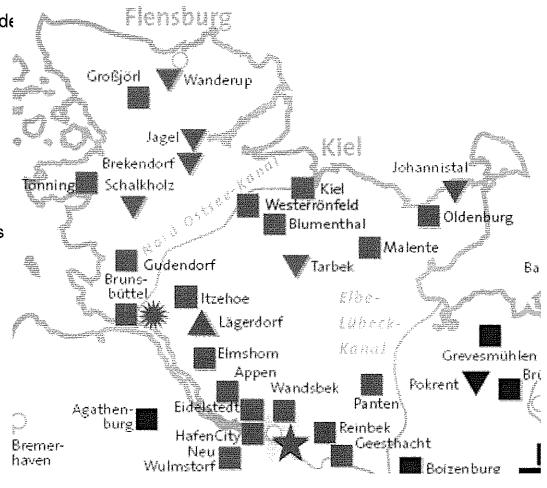
Werk Lägerdorf 1.800.000 t pro Jahr möglich Exportterminal Brunsbüttel 500.000 t pro Jahr

Werksgelände: Weitere Mitarbeiter der Holcim Deutschland Gruppe aus den Bereichen Einkauf, Personal, Transportbeton, Zuschlagstoffe und Betontechnologie.

Beton (53 MA):

15 Transportbetonwerke

Kies, Sand und Splitt (33 MA) 6 Kies- und Sandwerke





Gegenstand des Genehmigungsantrages

- Erhöhung des Einsatzes von alternativen Brennstoffen von 75 % auf 100 % der Feuerungswärmeleistung des Ofen 11
- Thermische Verwertung von kommunalem Klärschlamm
- Modernisierung der Anlage zur Reduzierung der Stickoxid-Emissionen
- Erhöhung des Abgasvolumenstroms und der Feuerungswärmeleistung um 10,8 %



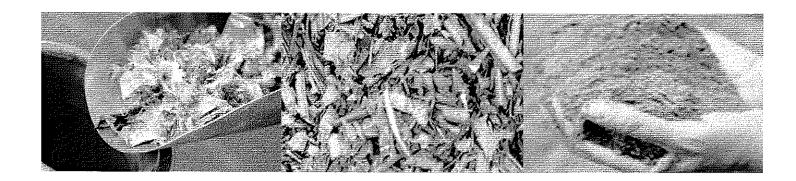
Begriffsbestimmungen

TSR: Thermische Substitutionsrate

 Beschreibt den Ersatzbrennstoffanteil an der gesamten Feuerungswärmeleistung

AFR: Alternative Fuel and Raw Materials

Ersatzbrennstoffe und Ersatzrohstoffe





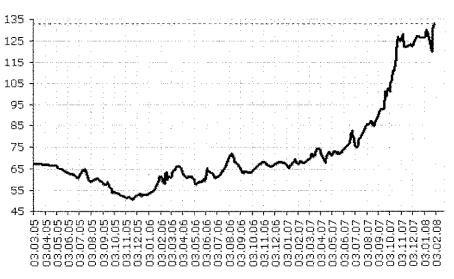
Ĉ

Motivation für diesen Genehmigungsantrag

- Steigende Energiekosten bestimmen die Wettbewerbsfähigkeit
- Energiepreise für fossile Brennstoffe werden auch zukünftig steigen
- Klimaziele der Bundesrepublik zur CO₂-Minderung zwingen zum Umdenken und daher zum Einsatz von alternativen Brenn- und Rohstoffen!

Entwicklung des Kohlepreises

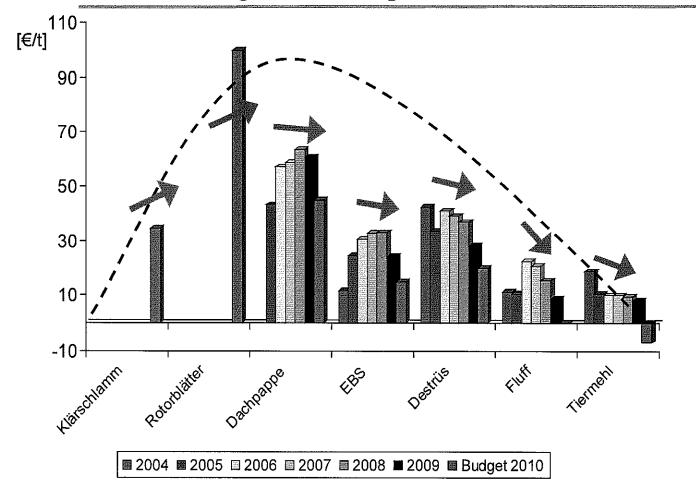
in den vergangenen Jahren in Dollar je Tonne





AFR Lebenszyklus Lägerdorf

Preis- und Mengenentwicklung von AFR Stoffen 2004-2010

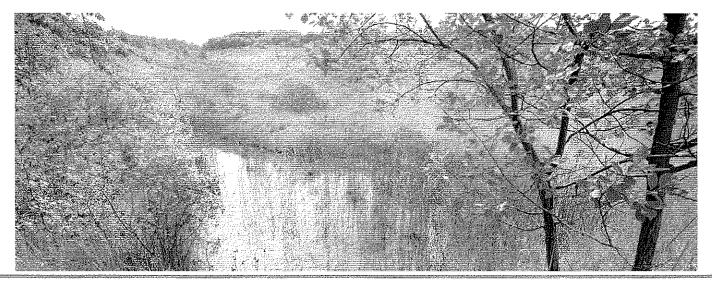




Nachhaltiges Wirtschaften für die Umwelt

- Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit schließen sich nicht aus
- Holcim bekennt sich zur nachhaltigen Entwicklung ökonomisch, sozial und ökologisch Holcim wurde bereits zum dritten Mal als "Leader of the Industrie" im Dow Jones Sustainability Index 2009 und 2010 ausgezeichnet.







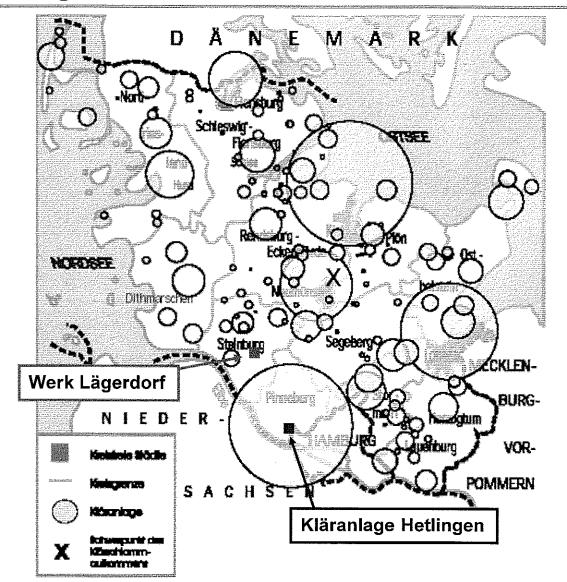
C

Wie kann 100 % TSR erreicht werden?

- Änderung der Brennstoffrezeptur durch Anhebung bereits genehmigter Ersatzbrennstoffe
- Einsatz neuer Ersatzbrennstoffe
 - z.B. Klärschlamm:
 - Klärschlamm wird auch in Zukunft mit konstanten Mengen weiter anfallen
 → langfristige Alternative
 - Klärschlamm sollte aufgrund der Inhaltsstoffe nicht in die Nahrungskette gelangen
 - Traditionelle Klärschlammentsorgung / Klärschlammnutzung als Düngemittel auf landwirtschaftlichen Flächen wird zunehmend erschwert / ausgeschlossen
 - Ein aufkommendes Entsorgungsproblem kann durch die Mitverbrennung von Klärschlamm in der Zementindustrie gelöst werden
 - Klärschlamm ist ein CO₂-neutraler Brennstoff



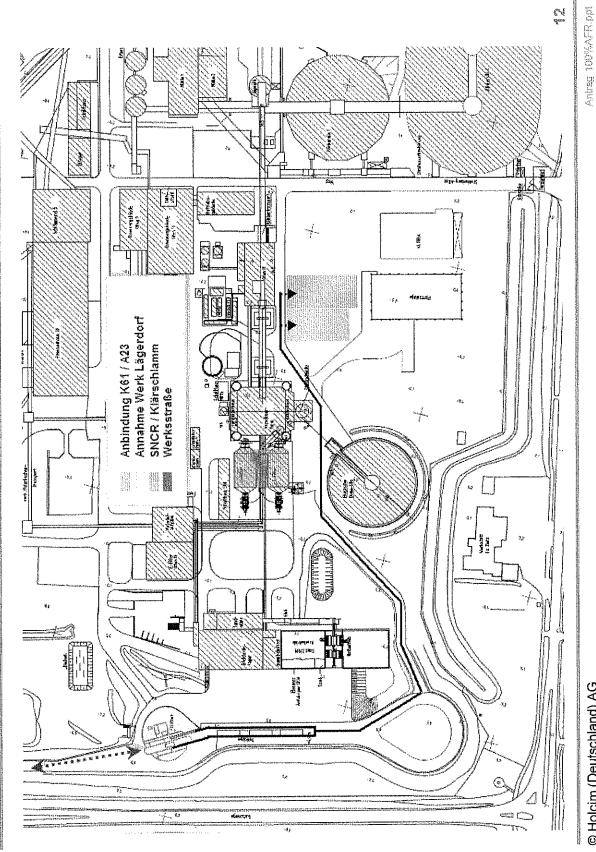
Kläranlagen mit mehr als 1 t TS/a Klärschlamm



Gesamtaufkommen in S-H: Ca. 80.000 t/a (TS)

Marina Marina







© Holcim (Deutschland) AG

Zusammenfassung des Änderungsantrages

- Maximale thermische Substitutionsrate (TSR) wird von 75 % auf 100 % gesteigert
- Verwertung von kommunalem Klärschlamm inkl. Errichtung einer entsprechenden Lager- und Dosieranlage
- Dadurch Erhöhung des Abgasvolumenstroms und der Feuerungswärmeleistung um 10,8 %
- Effizienzsteigerung der NOx-Reduktion in einer neuen SNCR-Anlage

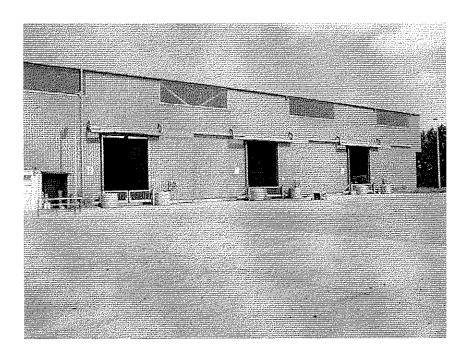
Damit ist verbunden:

- Weitere Reduzierung der Primärbrennstoffe (Kohle)
- Anpassung der Emissionsgrenzwerte entsprechend der 17. BlmSchV
- Keine Leistungserhöhung der Ofenanlage!

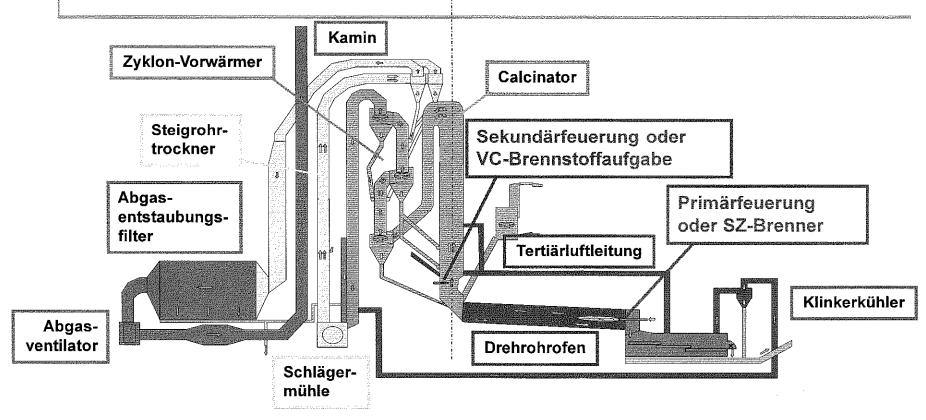


Technische Umsetzung





Wie soll die 100 % Thermische Substitutionsrate (TSR) am Ofen 11 erreicht werden?

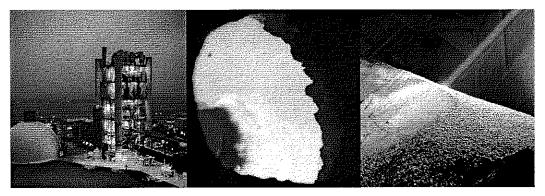


- Derzeitige Brennstoffverteilung VC : SZ = 70 % : 30 %
- VC oder Calcinator wird schon jetzt zu ca. > 95 % der Zeit kohlefrei betrieben
- 100% TSR → Betrieb des SZ-Brenners mit AFR



Warum ist unser Ofen in der Lage Ersatzbrennstoffe aufzunehmen?

- Rückstandsfreie Verbrennung
- Temperaturen > 2.000 °C
- Hohe Verweilzeiten
- Gemäß EU-Richtlinie:
 Beste verfügbare Technik zur Mitverbrennung von Stoffen (BREF)

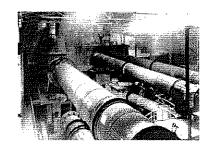




BREF: Best Available Technique Reference Documents

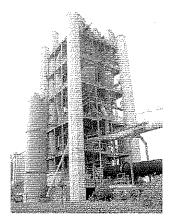
Woraus besteht Zement?

Früher:



- 75 % Kreide und 25 % Ton
 - Ton wurde neben der reinen Kreide als Korrekturstoff eingesetzt. Er enthält in den richtigen Anteilen die Mengen an Eisen, Aluminium und Silizium zur Zementherstellung.

Heute

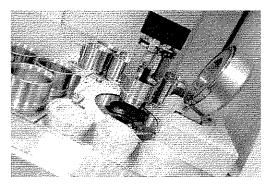


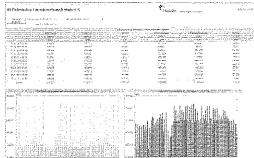
- 75 % Kreide und 25 % alternative Roh- und Brennstoffe
 - Neben alternativen Rohstoffen, wie z.B. Flugaschen, enthalten Aschen bestimmter Brennstoffe Bestandteile an Eisen, Aluminium und Silizium.
 - Daher können solche aschehaltigen Brennstoffe in der richtigen Rezeptur den Ton ersetzen.



AFR-Überwachung

- Spezifikation
- Lieferantenaudit
- Langfristige Lieferverpflichtungen
- Stabile Stoffströme
- Anlieferungsbeprobung
 - Jeder LKW
 - Bildung von Monatsdurchschnittsproben
 - Analytik
 - Rückstellung der Proben
- Kontinuierliche Prozessüberwachung beim Einsatz von AFR





Hohe Qualitätssicherung zur Absicherung der Zementqualität!



Staub

- Der Emissionsgrenzwert für den Parameter Staub wird von 20 auf 10 mg/m³ (N.tr.) im Tagemittel gesenkt und durch das Gewebefilter gesichert eingehalten
 - Entsprechende Absenkung der Staubfracht im Kamin um 46 %!



Stickoxide (NOx)

- Durch Installation einer neuen SNCR-Anlage werden die NOx-Emissionen von 500 auf 320 mg/m³ (N.tr.) abgesenkt
 - Entsprechende Absenkung der Stickoxid-Fracht im Kamin um 30 %!



Schwefeldioxid (SO₂)

- SO₂ ist unkritisch, so dass der Grenzwert von
 285 mg/m³ auf 50 mg/m³ abgesenkt werden kann
 - Entsprechende Absenkung der SO₂-Fracht im Kamin um 81 %!



Gesamtkohlenstoff (C) und Kohlenmonoxid (CO)

- Für die Parameter Summe C und CO werden jetzt erstmalig Emissionsgrenzwerte eingeführt
 - Dies bedeutet eine deutliche Verbesserung gegenüber der jetzigen Situation!



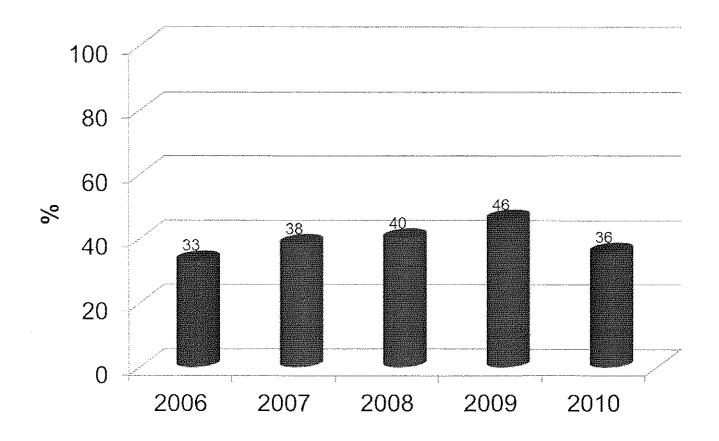
2

Quecksilber

- Quecksilber (Hg) gilt als Spurenelement und ist ein in der Erdkruste vorkommendes Schwermetall
- Der Eintrag von Quecksilber in den Prozess erfolgt über
 - primäre Rohstoffe (z.B. Kreide)
 - primäre Brennstoffe (z.B. Kohle)
 - alternative Roh- und Brennstoffe
- Primäre Roh- und Brennstoffe unterliegen einer natürlichen Schwankungsbreite und können nicht beeinflusst werden
- Nur der Hg-Eintrag über die alternativen Roh- und Brennstoffe ist durch Auswahl und Annahmekriterien von uns steuerbar
- Der für Ofen 11 gültige Emissionsgrenzwert beträgt rohstoffbedingt 0,05 mg/m³ (N.tr. bez. auf 10 Vol.-% O₂)

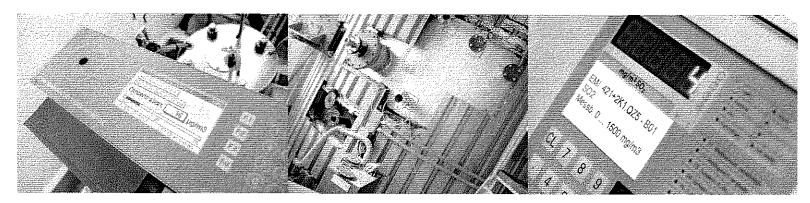


Hg-Jahresmittelwerte als Anteil vom Emissions-Grenzwert





- Die Grenzwerte für Schwermetalle und organische Schadstoffe bleiben entsprechend der 17. BlmSchV bestehen
- Aufgrund der erhöhten Abgasmenge steigen die Frachten theoretisch um 10,8 % an.
- In der Praxis führt das neue Schlauchfilter jedoch zu einer Reduzierung der Staubemissionen.





Umweltverträglichkeitsstudie (UVS)

Torsten Krohn







Emissionen

| | Konzentration | | | |
|-------------------|---------------|---------|---------|--|
| | | Alt | Neu | |
| Staub | mg/m³ (N.tr.) | 20 | 10 | 24/00/2006 |
| NOx | mg/m³ (N.tr.) | 500 | 320 | Percentagogo |
| SO ₂ | mg/m³ (N.tr.) | 285 | 50 | |
| ΣC | mg/m³ (N.tr.) | | 25 | |
| Hg | mg/m³ (N.tr.) | 0,05 | 0,05 | |
| CO | mg/m³ (N.tr.) | | 1.000 | ALCOHOLOGICAL STATEMENT OF THE STATEMENT |
| Abgasvolumenstrom | Nm³/h | 650.000 | 720.000 | + 10,8 % |





Auswirkung auf die Fracht

| | | Fracht | | |
|-----------------|------|--------|-------|------------|
| | | Alt | Neu | Änderung |
| Staub | kg/d | 312 | 172 | - 46 % |
| NÖX | kg/d | 7.800 | 5.530 | - 30 % |
| SO ₂ | kg/d | 4.446 | 864 | - 81 % |
| ΣC | kg/d | | | n.b. |
| Hg | kg/d | 0,78 | 0,846 | (+ 10,8 %) |
| CO | kg/d | | | n.b. |



3

Umweltverträglichkeitsstudie - Aufgabe und Vorgehensweise

- UVS fasst die zur Prüfung der Umweltverträglichkeit erforderlichen Angaben über die zu erwartenden Umweltauswirkungen des Vorhabens zusammen
 - Sämtliche Umweltauswirkungen wurden im Einzelnen von Fachgutachtern erarbeitet und bewertet
- Inhalt und Umfang der UVS entsprechen
 - den gesetzlichen Vorgaben
 - den Ergebnissen und Aufträgen aus dem Scoping-Prozess
- Mit den Ergebnissen der UVS wird durch die Genehmigungsbehörde gemeinsam mit den Fachbehörden eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt
 - Einwendungen und Stellungnahmen werden ebenfalls geprüft und fließen ein



Überblick über die umweltrelevanten Projektauswirkungen

| Wirkung | Auswirkung auf folgendes Schutzgut untersucht | | | |
|----------------------------------|--|--|--|--|
| Flächeninanspruchnahme | Tiere und PflanzenBoden | | | |
| Bauwerksgründung, Bodenaushub | • Boden | | | |
| Emissionen in die Luft | Mensch Tiere und Pflanzen Boden Wasser Luft Klima | | | |
| Verkehrsaufkommen | MenschTiere und Pflanzen | | | |
| | • Mensch • Tiere | | | |
| Gerüche | MenschLuft | | | |



Annag 100%AFR.ppi Coopy Verwaltungs grenzen Coopy Verwaltungs grenzen Koopy Verwaltungs gre Brande-Hömerfinchen Pinneberg Preitenbelig Legende Hohenfelde Remisch Steinburg Untersuchungsraum Breiteirburg Dageling © Holcil Krempe HARLE

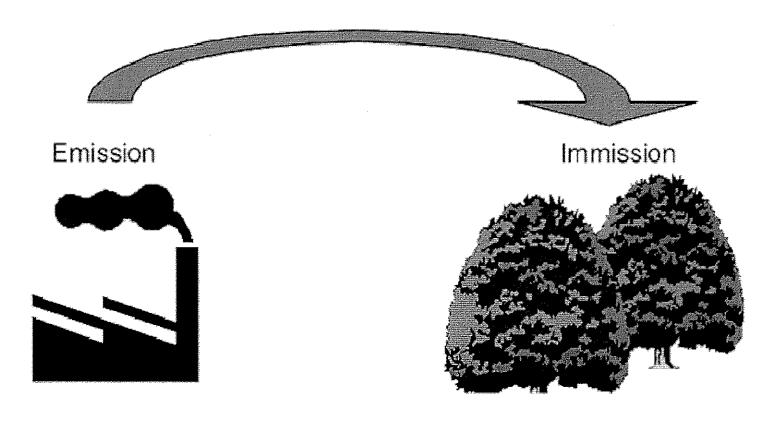
Schutzgut Mensch - Überblick

- Folgende Auswirkungen wurden untersucht
 - Auswirkungen durch geändertes Verkehrsaufkommen
 - Auswirkungen durch Geräuschimmissionen
 - Auswirkungen durch Gerüche
 - Auswirkungen durch Luftimmissionen
 - Gesundheitliche Aspekte des geplanten Klärschlammeinsatzes



Zusammenhang zwischen Emissionen und Immissionen

Transmission/Ausbreitung





Schutzgut Mensch - Verkehrsaufkommen

- Ermittlung des tatsächlichen Verkehrs am Werk durch eine offizielle Zählung 2005:
 - K 68 (Südspange)
 werktags ca. 1.700 Kfz-Bewegungen, davon Güterverkehr ca. 40 %
 (= 640 LKW-Bewegungen = 320 LKW)
 - L 116 (etwa Höhe Zietz)
 werktags ca. 3.900 Kfz-Bewegungen, davon Güterverkehr ca. 12 %
 (= 468 LKW-Bewegungen = 234 LKW)
 - L 116 (etwa an der jetzigen Fahrbahneinengung Ortsausgang Lgdf.) werktags ca. 3.550 Kfz-Bewegungen, davon Güterverkehr ca. 4 % (= 142 LKW-Bewegungen = 71 LKW)
- Derzeit größter Anteil des Güterverkehrs kommt über die Autobahn / Südspange ins Werk



Schutzgut Mensch – Verändertes Verkehrsaufkommen

- Welcher Anteil der 640 LKW Bewegungen über die Südspange sind vorhabensrelevant?
- Grundlage ist eine reale Rezeptur an Ersatzroh- und Rohstoffen des Jahres 2009 am Ofen 11:
 - Vorhabensbezogener Anteil: 33 LKW-Bewegungen am Tag



Schutzgut Mensch – Verändertes Verkehrsaufkommen

- Was passiert zukünftig (2012) bei 100 % AFR?
 - Vorhabensbedingte Steigerung des Werksverkehrs um ca. 15 Touren /Tag
 - Vorhabensbezogener Anteil von Holcim dann:
 48 LKW-Touren/Tag
- Die Erhöhung der TSR-Rate von 75 % auf 100 % entspricht einer Steigerung des gesamten Lkw-Aufkommens an der Südspange um 3 % auf 8 %!
- Gleichzeitig wird aber auch der Zugverkehr zum Antransport von Braunkohle von 1 Zug/Tag auf 1 Zug/Woche reduziert!
- Auf Grundlage dieses Ergebnisses kann davon ausgegangen werden, dass sich durch das vorhabensbedingte Verkehrsaufkommen keine relevanten Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen ergeben



順順

Schutzgut Mensch – Lärmemissionen

Prognose:

| Immissionsort | | Immissionsrichtwerte | | Prognostizierte Beurteilungspegel | | Gebietsausweisung |
|--|-----------------------------|----------------------|-----------------|--------------------------------------|-----------------|------------------------|
| estanti koning Pangangan Pangangan | | tags dB(A) | Nachts dB(A) | tags dB(A) | Nachts dB(A) | |
| 10 1 | Rethwisch, Memeler Weg | 55 | 40 | 17,1 | 22 | Allgemeines Wohngebiet |
| IO 2 | Rethwisch, Dorfstraße 21 | 60 | 45 | 23,3 | 30 | Mischgebiet |
| IO 3 | Rethwisch, Dorfstraße 26 | 70 | 70 | 31,2 | 31,8 | Industriegebiet |
| IO 4 | Lägerdorf, 2. Moorwiese 2 | 55 | 40 | 15,9 | 15 | Allgemeines Wohngebiet |
| IO 5 | Lägerdorf, Moorburg 20 | 65 | 50 | 13,7 | 14,7 | Gewerbegebiet |
| IO 6 | Lägerdorf, Moorburg/Sandweg | 65 | 50 | 19,3 | 20,7 | Gewerbegebiet |

Die für den Anlagenschall prognostizierten Werte liegen an allen Punkten tags und nachts deutlich unter den Werten der TA Lärm



17

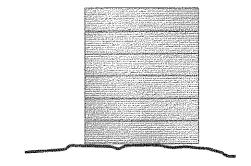
Schutzgut Mensch – Gerüche

- Geruchsimmissionsrichtlinie (GIRL)
- Auf Grundlage dieser Richtlinie wurden an vier verschiedenen Stellen in der Umgebung des Werkes im Rahmen eines extra durchgeführten Einsatzversuches mit Klärschlamm Geruchsmessungen durchgeführt
 - G 1: Zietz Rethwisch
 - G 2: Berndt ehemals Drexel Rethwisch
 - → G 3: Hof Kölling Rethwisch
 - G 4: II. Moorwiese, Lägerdorf
- Alle Werte liegen unter den Immissionswerten (IW) der Geruchsimmissionsrichtlinie
- Damit kann davon ausgegangen werden, dass sich durch vorhabensbedingte Gerüche keine relevanten Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen ergeben



Schutzgut Boden – Beispiel Quecksilber

- Erhöhung der Quecksilberfracht um 10,8 %
- Annahmen:
 - Betrachtungszeitraum 50 Jahre
 - Eintragung in den Boden zu 100 %
 - Keine Auswaschung
 - Keine Stoffliche Umsetzung
 - Keine Verdampfung
 - Kein sonstwie erzeugter Schwund



- Unter Zugrundelegung der strengsten Vorsorgewerte für besonders nutzungsempfindliche Sandböden wird die Relevanzschwelle von 1 % des Vorsorgewertes leicht überschritten
- Fazit:

Selbst bei sehr viel höheren Hg-Depositionen wäre langfristig keine Funktionseinschränkung des Bodens zu erwarten!



Zusammenfassung

- Es wurden umfangreiche Untersuchungen zur Auswirkung unserer geplanten Änderungen durchgeführt
- Die Hg-Fracht wird zwar theoretisch erhöht, führt aber nicht zu negativen Auswirkungen auf die Umwelt
- Die Grenzwerte der meisten Emissionsparameter werden abgesenkt

